

SoVD: „Völlig unverständlich, warum Niedersachsen so derart hinterherhinkt“

Kita-Krise: Ausbildung muss vergütet werden

Kitas in Deutschland befinden sich in der Krise: Laut Studie des Instituts der Wirtschaft (IW) hat sich der Mangel an Fachkräften in der Kinderbetreuung massiv verschärft. Angesichts dieses dramatischen Zustands kritisiert der SoVD in Niedersachsen vor allem die fehlende Vergütung bei der Ausbildung zum* zur Erzieher*in. Andere Bundesländer seien an dieser Stelle schon viel weiter und hätten die Ausbildung reformiert, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die schlechten Nachrichten aus dem Kita-Bereich reißen nicht ab: Viele Erzieher*innen wechseln aufgrund der hohen Belastung den Job und sind häufig krank. Die Fachkräftelücke ist mittlerweile so groß, dass die Anstrengungen enorm sein müssen, um sie zu schließen. Das zeigen auch die aktuellen IW-Zahlen: Ihnen zufolge hat sich der Mangel an geeignetem Personal in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. „Obwohl die Zahlen wirklich dramatisch sind, ist das keine Neuigkeit. Trotzdem passiert seitens der Politik zu wenig, um diesem Trend entgegenzuwirken“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders unverständlich findet er deshalb die Tatsache, dass die schulische Ausbildung zum* zur Erzieher*in in Niedersachsen nicht vergütet wird. „Das ist völlig absurd. Das Kultusministerium muss alles dafür tun, um mehr junge Men-

schen für den Beruf zu begeistern. Wie soll das funktionieren, wenn sie kein Azubi-Gehalt bekommen? Das können sich doch nur die wenigsten leisten“, betont Swinke.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband eine Reform der Ausbildung. „Fast alle anderen Bundesländer – unter anderem Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg – sind da schon viel weiter. Dort gibt es eine dreijährige praxisintegrierte Ausbildung zum* zur Erzieher*in, die auch vergütet wird. Für uns ist völlig unverständlich, warum Niedersachsen dabei so derart hinterherhinkt“, so der Vorstandsvorsitzende. Das Kultusministerium müsse die Kita-Krise sehr viel tatkräftiger angehen, vor allem im Ausbildungsbereich. „Passiert das nicht, sind die Folgen verheerend. Denn schon jetzt fehlen in Deutschland fast 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige“, betont Swinke.



Foto: liderina / Adobe Stock

Die Erkrankungszahlen unter den Kita-Erzieher*innen sind besonders hoch.

SoVD fordert mehr Unterstützung und bessere Finanzierung von Frauenhäusern

Gewalt gegen Frauen

Die Gewalt in Partnerschaften steigt weiter – laut aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) um mehr als sechs Prozent. In erster Linie sind Frauen betroffen. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb nicht nur ein Gewalthilfegesetz auf Bundesebene, sondern auch mehr Einsatz der Landesregierung. Schließlich seien entsprechende Ziele im Koalitionsvertrag verankert.

Gewalt in den eigenen vier Wänden trifft meistens Frauen. Nach BKA-Erhebungen sind über 70 Prozent der Opfer weiblich. Trotz alarmierender Zahlen gibt es jedoch noch immer zu wenig Unterstützung für Betroffene. „Die Bundesregierung muss endlich ein Gewalthilfegesetz verabschieden, das den Opfern einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung zusichert“, fordert Annette Krämer, niedersächsisches SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik, und ergänzt: „Damit ist es aber längst nicht getan. Die Landesregierung muss das Thema endlich in den Fokus rücken.“ Es könne nicht sein, dass Rot-Grün zwar die Verbesserung des Hilfesystems in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen habe, in den vergangenen zwei Jahren aber kaum etwas passiert sei.

Krämer weist in diesem Zusammenhang vor allem auf die

problematische Lage von Frauenhäusern in Niedersachsen hin: „Die Finanzierung ist bis heute nicht einheitlich geregelt, es gibt immer noch zu wenig Plätze und um die Barrierefreiheit ist es ganz schlecht bestellt.“ Es sei ein Skandal, dass in fünf Landkreisen in Niedersachsen – unter anderem in Osterholz und Holzminden – kein einziges Frauenhaus existiere. „Wir brauchen in Niedersachsen eine zentrale Stelle, die sich um die Koordination von Beratungs- und

Unterstützungsleistungen kümmert. Die Landesregierung plant zwar den Wiederaufbau einer entsprechenden Koordinierungsstelle. Wann das passiert, ist aber noch völlig unklar“, kritisiert Krämer. Für den SoVD ist klar: Wenn die Politik in diesem langsamen Tempo weitermacht, erreicht sie die Ziele ihres eigenen Koalitionsvertrags nicht. „Das wäre fatal, denn hinter den Zahlen stehen Menschen, die dringend Hilfe brauchen“, betont die SoVD-Vertreterin.



Foto: Golib Tolibov / Adobe Stock

Die meisten Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen.

SoVD fordert mehr Mittel und bessere Bedingungen

Freiwilligendienste für junge Menschen

In Niedersachsen sind Freiwilligendienste bei jungen Menschen sehr beliebt und gerade im sozialen Bereich ein wichtiger Baustein. Trotzdem drohen den Diensten finanzielle Kürzungen. Daher appelliert der SoVD an die Landesregierung, sich auf Bundesebene dagegen starkzumachen.

In Niedersachsen engagieren sich mehr als 3.500 junge Menschen in einem „Freiwilligen Sozialen Jahr“ (FSJ). Einsatzorte sind etwa Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, aber auch die Bereiche Sport, Kultur und Politik. „Das FSJ und andere Freiwilligendienste sind für viele junge Menschen eine wichtige Orientierung für ihr weiteres Leben“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Darüber hinaus gebe es aber noch eine weitere wichtige Funktion: „Eine Umfrage zeigt, dass 70 Prozent derjenigen, die ein FSJ gemacht haben, sich einen Job im sozialen Bereich vorstellen können. Der Freiwilligendienst

ist für viele also auch der Eintritt in einen entsprechenden Beruf. In Zeiten des extremen Fachkräftemangels ist es völlig absurd, dass gerade hier jetzt der Rotstift angesetzt werden soll.“ Für das kommende Jahr drohen den Freiwilligendiensten erneut Kürzungen, dieses Mal in Höhe von 40 Millionen Euro. Swinke fordert von der Landesregierung zwei Dinge: „Sie muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die geplanten Kürzungen nicht umgesetzt werden und die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste in Niedersachsen stark verbessern.“ Dies sei etwa möglich, indem für junge Menschen ein bundesweites 29-Euro-Ticket für Bus und Bahn eingeführt werde und es ähnliche Vergünstigungen wie bei der Ehrenamtskarte gebe. „Außerdem sind mehr Projekte und eine bessere Förderung notwendig, um Freiwilligendienste auch für junge Menschen mit Behinderung zu ermöglichen“, so Swinke.